

■ Kulturpolitik anders gestalten

Das neue Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft und seine Geschichte

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* ist programm- und diskursverliebt. Das Grundsatzpapier aus dem Jahr 1976¹, das vor allem aus den Federn des damaligen Bundestagsabgeordneten und KuPoGe-Gründungspräsidenten Olaf Schwencke, dem Jugend- und Medienwissenschaftler Dieter Baacke und dem ehemaligen Dortmunder Kulturdezernenten Alfons Spielhoff stammte, mussten die Mitglieder in den ersten Jahren unterschreiben, bevor sie aufgenommen wurden. Das Papier markierte die programmatische Identität des Verbands und enthielt die inhaltlichen Grundsätze mit einem dauerhaften Geltungsanspruch. Wer das Papier heute liest, erkennt darin den Zeitgeist und den Jargon der 1970er Jahre, aber auch jene Grundüberzeugungen, die bis heute Bestand haben: der erweiterte Kulturbegriff, Teilhabegerechtigkeit, Vielfalt ohne Beliebigkeit, die Freiheit der Kunst, die Sorge um die soziale Situation der Künstler und eine neue Akzeptanz der Kulturen des Alltags, die in der Wertschätzung populärer Kulturformen, der Amateurkunst, der Breiten- und Soziokultur sowie in der Kritik an dem tradierten Kanon der Hochkultur und ihrer privilegierten öffentlichen Förderung und »institutionellen Festschreibung« ihren Ausdruck fand. Nur in einem Punkt dachte man damals anders: Der zunehmenden Vermarktung kultureller Angebote nach privatwirtschaftlichen Rentabilitätsnormen – vor allem in der Freizeitindustrie – wollte man entgegengetreten.

Schon damals war klar, dass mit dem erweiterten Kulturbegriff auch ein neues Kulturpolitikverständnis korrespondierte, in dem die Kulturvermittlung (»Kultur für alle«) um das Ziel der *Kulturentwicklung* ergänzt wurde. »Emanzipation, Kreativität, Partizipation, Kommunikation, Humanisierung und Identitätsfindung« wurden als Leitbegriffe für Kulturpolitik ausgewiesen, die als Gesellschaftspolitik verstanden wurde.² Schon drei Jahre nach der Verbandsgründung gab es die ersten Versuche, das Grundsatzpapier um einen neuen Aspekt zu ergänzen. Die damalige Ko-Leiterin des *Zentrums für Kulturforschung*, Karla Fohrbeck (1979), und der seinerzeitige Osnabrücker Kulturdezernent, Siegfried Hummel (1979), beide gleichzeitig Vize-Präsidenten der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, machten sich für einen anthropologischen Kulturbegriff stark, demzufolge es zunächst darum gehen müsse, die Kulturen aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang heraus zu ver-

stehen und anzuerkennen. Nicht »Kultur für alle« sei die richtige programmatische Lösung, sondern »erst einmal Kultur von allen und Kulturpolitik für alle.« (Fohrbeck 1979: 9) Das Grundsatzpapier wurde daraufhin nicht geändert, aber der pluralistische Ansatz gehört seitdem zu den zentralen Programminhalten des Verbands.

Es dauerte keine zehn Jahre, bis die nächste Grundsatzdiskussion einsetzte. Im September 1985 fand eine Klausursitzung statt, um das programmatische Profil neu zu bestimmen. Sind die Debatten in den frühen 1980er Jahren – beeinflusst durch die Friedens- und Umweltbewegung – vor allem gesellschaftspolitisch geführt worden, gab es ab Mitte der 1980er Jahre eine Rückbesinnung auf genuin kulturpolitische Fragen. Es war die Zeit, als der Kulturboom, insbesondere in seinen populistischen Ausdrucksformen, kritisch diskutiert und das neue Interesse (der Wirtschaft und der christdemokratischen Partei³) an Kultur erstaunt zur Kenntnis genommen wurden. Von »Festivalitis« war die Rede; KuPoGe-Vorstandsmitglied Hajo Cornel (1986: 4), sprach in diesem Zusammenhang von der »Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb«. Jack Langs Diktum »Kultur und Wirtschaft – derselbe Kampf« und die ersten Studien zur ökonomischen Umwegrentabilität des Wirtschaftsfaktors Kultur mussten diskutiert und verarbeitet werden. Gegen die Instrumentalisierung der Kunst wurde ihr »Eigensinn« in Stellung gebracht, den es kulturpolitisch zu beachten und zu schützen gelte (s. auch Sievers/Wagner 1994: 131ff.). Anlässlich des 10. Gründungsjubiläums im Jahr 1986 sollte es deshalb nach vorheriger Grundsatzdebatte eine Programmrevision geben.

Dazu ist es dann im Tschernobyljahr nicht gekommen, wichtigere Themen drängten sich in den Vordergrund. Und doch markiert diese Debatte eine Wende im Programm- und Kulturpolitikverständnis der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und darüber hinaus. Der erweiterte Kulturbegriff war endlich salonfähig geworden. Kultur wurde als Element der Lebensstilgesellschaft begriffen, die die Industriegesellschaft mit ihren alten Werten abgelöst habe. Diese neue Sicht fand ihren ersten Ausdruck in dem Programmpapier »Bausteine für eine kommunikativ und ökologisch ausgerichtete Kulturpolitik«, das im Rahmen eines KuPoGe-Projektes entstanden war (s. Krings et al. 1990). Mit explizitem Bezug auf damalige gesellschaftliche Entwicklungsprozesse (Stichworte »In-

dividualisierung«, »Multikulturalität«, »Zwei-Drittel-Gesellschaft«) wurde darin eine Aktualisierung und Reformulierung der Neuen Kulturpolitik gefordert, »die den Strukturwandel der Gesellschaft nicht nur »flankieren«, sondern mitgestalten« sollte. Themen waren die »Neubewertung von Arbeit und Freizeit«, die »ökologisch verantwortete Lebenspraxis«, Die »Auflösung von Raum und Zeit« durch die Medienentwicklung, die »Individualisierung und Enttraditionalisierung«, die »soziale Ungleichheit und kulturelle Differenz« und die »multikulturelle Gesellschaft«.

Das war ein Programmtext auf der Höhe der damaligen gesellschaftskritischen Diskussion, ein Dokument der kulturpolitischen Debatte in der *Kulturpolitischen Gesellschaft*. Es bekam zwar nicht den Status eines offiziellen Programmpapiers, dessen Inhalte blieben jedoch bis in den neu entfachten Programmdiskurs der 1990er Jahre⁴ wegweisend. Sie fanden sich sowohl in der »Hagener Erklärung« (siehe *Kulturpolitische Gesellschaft* 1996) als programmatische Zwischenstandortbestimmung anlässlich des 20. Jubiläums am 5./6. Juni 1996 in Hagen und dann im neuen Grundsatzprogramm wieder, das am 14. November 1998 nach jahrelanger Diskussion von den Mitgliedern der *Kulturpolitischen Gesellschaft* in Essen verabschiedet wurde. Dieses Programm bekräftigte die Ziele und Inhalte der Neuen Kulturpolitik, stellte einen Konsens mit Blick auf ihre Forderungen und Ansprüche fest, nahm die gesellschaftspolitischen Themen der »Bausteine ...« auf und schärfte das kulturpolitische Profil des Verbandes. Konkrete Anlässe für die Revisi-on waren die deutsche Vereinigung, der Spar- und Konsolidierungsdruck in den Kommunen und vor allem die Kulturverwaltungsreform, die mit neuen Verfahren und Instrumenten der kulturpolitischen Steuerung verbunden war (Stichworte: »dezentrale Ressourcenverantwortung«, »Tilburger Modell«) und das Versprechen auf mehr Bürgerbeteiligung enthielt.

Neu war an diesem Programm jedoch nicht nur der erreichte Grad der kulturpolitischen Konkretion auf dem Hintergrund einer gesellschaftspolitischen Ausrichtung, sondern es waren jene Themen, die die kulturpolitischen Debatten der folgenden Dekade bis zum Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland« prägen sollten: »Kulturpolitik als kooperative Gemeinschaftsaufgabe«, die ein hoheitliches Selbstverständnis ausschließt, die Forderung

nach »öffentlichen Vermittlungsinstrumenten« und »selbst verwalteten Förderungsstrukturen« (z.B. Fonds), »neue Organisationsstrukturen und ein effizientes Kulturmanagement«, die bessere »Zusammenarbeit der Politikerebenen«, die neue Aktualität der »kulturellen Bildung« auf der Grundlage eines weiten Bildungsbegriffs und die Bedeutung der »europäischen und internationalen Kulturpolitik«. Hier wird bereits ein Kulturpolitikverständnis formuliert, das in den Folgejahren und namentlich im o.g. Enquetebericht unter den Stichworten »aktivierende« oder »ermöglichende« Kulturpolitik verstanden worden ist und bis heute in Begriffen wie »kooperative Kulturpolitik« oder »kommunikative Kulturpolitik« fortwirkt.

Im Nachhinein kann gesagt werden: Das »Essener« Programm war zeitgemäß und profilbildend weit über die *Kulturpolitische Gesellschaft* hinaus und hat die Politik des Verbandes nachhaltig beeinflusst. Warum haben wir es nach gut einem Jahrzehnt verändert? Ausschlaggebend waren neue Probleme und Fragen, die im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende auf die Tagesordnung traten und die z.B. mit den Kulturpolitischen Bundeskongressen der *Kulturpolitischen Gesellschaft*⁵ aufgerufen wurden: die Situation der Künste (2001), die neue Bedeutung der interkulturellen Kulturarbeit (2003), die Publikumsfrage (2005), die Digitalisierung (2011). Hinzu kamen die bekannten Strukturprobleme der Kulturpolitik (Stichwort: »Kulturinfarkt«), auf die der Verband reagieren wollte. Die Initiative für die Programmdebatte ging vom Präsidenten Oliver Scheytt anlässlich der Mitgliederversammlung am 14. November 2009 in Bonn aus. Der neue Vorstand bekräftigte dann diese Absicht und im Frühjahr 2011 lag der erste Programmentwurf vor, der auf einer Klausursitzung in München diskutiert wurde und dann auch öffentlich bis zur diesjährigen Außerordentlichen Mitgliederversammlung am 13. September 2012 zur Diskussion stand.

Das neue Programm (Kulturpolitische Gesellschaft 2012 und auf www.kupoge.de) steht klar in der Tradition der Neuen Kulturpolitik und der Programmatik wie sie im KuPoGe-Grundsatzpapier von 1976 und dem »Essener« Programm von 1998 formuliert worden sind. Das Bürgerrecht Kultur, der öffentliche Auftrag für eine aktiv gestaltende Rolle des Staates und das Leitmotiv »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« werden darin erneut gestärkt. Neu sind die Themen »Nachhaltigkeit«, »Publikum und Kulturinteressen im Wandel«, »Interkulturelle Öffnung«, sowie »Kultur- und Kreativwirtschaft«. Mit Blick auf die Rolle der Kulturpolitik wird ihre vermittelnde, kooperative, auf Verantwortungspartnerschaft bauende, das bürgerschaftliche Engagement wertschätzende Funktion noch einmal betont. Kulturpolitik wird als Handeln

in einem komplexen Netzwerk unterschiedlicher Akteure in Politik, (Zivil-)Gesellschaft und Wirtschaft begriffen, in einem pluralistischen, trisektoralen Feld, in dem »Steuerung« nicht mehr nur direktiv durch ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die Unterhaltung von Einrichtungen und monetäre Kulturförderung geschieht, sondern im Sinne des Governance-Ansatzes auch nicht-direktiv durch Kooperation, Koordination und Kommunikation. Der »Staat« (vor allem Länder und Kommunen) hätte nach dieser Lesart von Kulturpolitik nicht nur eine ordnende und fördernde Rolle, sondern wäre auch Teil einer gesellschaftlichen (Selbst-)Verständigung darüber, welcher Anreize und Maßnahmen es im Kulturbereich bedarf, um eine gedeihliche Entwicklung zu gewährleisten, und wer welche Aufgaben übernimmt.

Mit diesem Verständnis von Kulturpolitik nimmt das neue Programm nicht nur aktuelle Debatten auf; sie vollzieht vielmehr eine Entwicklung nach, die längst eingesetzt hat. Welche Kommune oder welches Bundesland könnte heute noch nach Maßgabe eines staatsmännischen Grundverständnisses immer neue Angebote schaffen, um auf neue künstlerische und kulturelle Entwicklungen zu reagieren, wie es lange Zeit im Sinne einer »additiven« Kulturpolitik gemacht wurde. Die Strukturprobleme (z.B. Renovierungsbedarf, Unter- und Überlastung, Abwanderung, Unterfinanzierung, Stadt-Land-Problematik, Imageverlust, soziale Selektivität der Kulturinstitutionen, kulturelle Spaltung), mit denen Kulturpolitik heute konfrontiert ist, können mit mehr Geld allein nicht mehr gelöst werden. Es bedarf vielmehr neuer konzeptioneller Überlegungen und strukturbezogener Strategien, die gemeinsam mit den Netzwerkakteuren entwickelt werden müssen. Für dieses Verständnis von Kulturpolitik steht das neue Programm der *Kulturpolitischen Gesellschaft*. Ob es eine ähnlich nachhaltige Wirkung haben wird wie die Vorgängerprogramme, wird abzuwarten sein. Schon gibt es Stimmen, die eine neue Revision anmahnen. Warum nicht. Davon lebt die kulturpolitische Diskussion, die die *Kulturpolitische Gesellschaft* auch in Zukunft mit inhaltlichen Beiträgen anregen will.

Norbert Sievers

1 Das Grundsatzprogramm ist abgedruckt in Sievers (1988: 289–293); darin wird auch die Entstehungsgeschichte des Programms beschrieben (ebd.: 89–95). Die Entstehung des Programms muss auch im Zusammenhang mit der in West-Deutschland aufkeimenden kulturpolitischen Diskussion gesehen werden und insbesondere mit den Loccumer Kulturpolitischen Kolloquien, die Olaf Schwencke als Studienleiter der *Ev. Akademie Loccum* 1970 ins Leben gerufen hatte. Sie waren in den 1970er Jahren die wichtigsten Foren für die Diskussion der Neuen Kulturpolitik; aus ihrem Teilnehmerkreis ist die Kulturpolitische Gesellschaft entstanden. Seit 1977 veranstaltet die *Ev. Akademie* die Kolloquien regel-

mäßig in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft. Alle Kolloquien sind in den Loccumer Protokollen dokumentiert.

- 2 Die Leitbegriffe im ersten Grundsatzpapier sind auch im Kontext der damaligen gesellschaftspolitischen Diskussion zu verstehen. Der Bedeutungsgewinn postmaterieller Werte im Zusammenhang mit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft beschrieb die Inhalte einer »Neuen Politik«, die sich gegenüber der »alten Politik« mit ihren materialistischen Werten zunehmend durchzusetzen begann und in Programmformeln wie »Mehr Demokratie wagen« und Begriffen wie »Lebensqualität« ihren Ausdruck fanden (siehe Sievers 1988: 44).
- 3 Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Kulturpolitik Lothar Späths in Baden-Württemberg und an die »Kunstkonzeption« (1990), die in diesem Zusammenhang entstand sowie an programmatische Texte und Reden von Kurt Biedenkopf (1986) und des damaligen Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker. Der Kongress »Das neue Interesse an der Kultur«, der von der Universität Oldenburg in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft im November 1988 veranstaltet worden ist, ist vor diesem Hintergrund zu verstehen (siehe Cornel/Knigge 1990).
- 4 Bereits wenige Jahre nach der Wende wurde die Programmdebatte der späten 1980er Jahre wieder aufgenommen. Beispielhaft steht dafür die Tagung »Blick zurück nach vorne. Zwanzig Jahre neue Kulturpolitik« im Mai 1993 in Dortmund (siehe Sievers/Wagner 1994).
- 5 Die Kulturpolitischen Bundeskongresse werden vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Alle Kongresse sind in den Schriftenreihen der kulturpolitischen Gesellschaft (www.kupoge.de) dokumentiert.

Literatur

- Biedenkopf, Kurt (1986): »... mit Kultur die Dinge ordnen«. Kulturpolitik als Ordnungspolitik? Kurt Biedenkopf über Kultur für alle«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 34 III/1986, S. 7–11
- Cornel, Hajo (1986): »Grundtsatzdiskussion in der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 33 II/1986, S.3 f.
- Cornel, Hajo/Knigge, Volkhard (1990): Das neue Interesse an der Kultur, Dokumentation Nr. 34, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft
- Fohrbeck, Karla (1979): »Thesen zur Überarbeitung des Grundsatzpapiers«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 5 II/1979, S. 8
- Krings, Eva/Roters, Andreas/Sievers, Norbert/ Sievert, Jörg (1990): »Bausteine für eine kommunikativ und ökologisch orientierte Kulturpolitik«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Heft 51 IV/1990, S. 16–20
- Kulturpolitische Gesellschaft (1996): »Hagener Erklärung zu Kulturpolitik. Zwanzig Jahre Kulturpolitische Gesellschaft«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 74 III/1996, S. 58–60
- Kulturpolitische Gesellschaft (2012) Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 138 III/2012, S. 24–28
- Sievers, Norbert (1988), »Neue Kulturpolitik«. Programmatik und Verbandseinfluß am Beispiel der Kulturpolitischen Gesellschaft, Dokumentation 32, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft
- Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (1994): »Zwischen Reformorientierung, Pragmatismus und Sparzwang«, in: dies. (Hrsg.): Blick zurück nach vorn. Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext-Verlag, S. 119–145